

## Welche Schule ist die beste?

Die Verteilung der Kinder auf Gymnasien, Haupt- und Realschulen habe sich bewährt, sagen die einen. Andere glauben, länger gemeinsam zu lernen schaffe mehr Chancengerechtigkeit. Wer hat recht im Schulstreit? Der Versuch einer Antwort in zehn Lektionen

VON Thomas Kerstan | 17. Juni 2010 - 08:00 Uhr

© Friso Gentsch dpa



Sechstklässler einer Gesamtschule. Als Modell ist die Gesamtschule gescheitert

### 1. Eine gute Schule führt ihre Schüler zu hohen Leistungen

Welche Schulform, welches Schulsystem ist am besten? Dazu müssen wir zunächst klären, was denn eine gute Schule ausmacht. Der Streit darum könnte eine ganze Ausgabe der *ZEIT* füllen – und wäre doch nicht entschieden.

Behelfen wir uns deshalb mit jenen Kriterien, mit denen die berühmte Pisa-Studie die Schulsysteme weltweit vergleicht: Wie gut können 15-jährige Schüler lesen und rechnen, und wie viel Ahnung haben sie von den Naturwissenschaften? Diese Kenntnisse sind nicht alles, aber ohne sie fällt der Start ins Leben schwer. Eine gute Schule also führt den Nachwuchs mindestens zu guten Leistungen im Lesen, in der Mathematik und in den Naturwissenschaften.

### 2. Ein gutes Schulsystem muss sozial gerecht sein

Ein weiteres Merkmal einer guten Schule, auch darüber dürfte Einigkeit herrschen, ist, dass es in ihr gerecht zugeht. Bildungsforscher können messen, wie gerecht ein Schulsystem ist. Sie prüfen dabei, wie stark die Leistung der Schüler von deren sozialer Herkunft abhängt. Nun sind auf der ganzen Welt zum Beispiel Akademikerkinder im Durchschnitt besser in

der Schule als Arbeiterkinder. Aber in manchen Ländern sind die Unterschiede größer (in Deutschland etwa), in anderen kleiner. Und kleiner ist gerechter.

Gerechtigkeit ist ein Gebot der Moral, aber auch eines der Ökonomie. Wenn die Kinder besonders aus den unteren Sozialschichten zu Bildungsverlierern werden, dann fehlen sie der Wirtschaft als Fachkräfte. In Deutschland ist die Lage durchaus dramatisch: Jeder fünfte 15-Jährige kann nicht richtig lesen und rechnen und wird von den Forschern zur »Risikogruppe« gezählt, weil er weder eine Bewerbung schreiben noch eine Zeitung lesen kann.

Eine zweite Spielart der Gerechtigkeit kommt im Schulstreit zum Tragen, die sogenannte Abschlussgerechtigkeit. Denn nicht allein das Können, sondern auch Zertifikate zählen im Leben. Auch hier muss man wohl akzeptieren, dass mehr Akademikerkinder das Abitur machen – den begehrtesten Abschluss – als Arbeiterkinder, denn wer wollte und könnte den Einfluss der Familien auf die Bildung der Kinder verbieten?

Nachdenklich stimmen muss aber die Ungerechtigkeit beim Übergang von der Grundschule auf das Gymnasium, der den Weg zum Abitur ebnet: Dort hat ein Akademikerkind – bei gleicher Schulleistung! – eine dreimal größere Chance als ein Arbeiterkind, auf das Gymnasium statt auf die Realschule zu wechseln.

### **3. Das dreigliedrige Schulsystem stößt an seine Grenzen**

Die Anhänger des dreigliedrigen Schulsystems (von den Sonderschulen sei hier einmal abgesehen) nennen es »begabungsgerecht« und »bewährt«. Zu Recht? Gibt es den Begabungstyp Hauptschüler, den Begabungstyp Realschüler und den Begabungstyp Gymnasiast? Bildungspsychologen nennen diese Vorstellung vernichtend »Folklore«. Die Aufteilung der Schüler auf diese Schularten ist uns (in Westdeutschland) zwar vertraut, aber ihr fehlt jede wissenschaftliche Grundlage.

Und bewährt? Das ist nicht ganz abwegig, wenn man auf Bayern und Baden-Württemberg mit ihren dreigliedrigen Schulsystemen blickt; sie warten in der Pisa-Studie mit hervorragenden Ergebnissen auf. Problematisch wird es dann, wenn die Hauptschule zur »Restschule« wird. Zu erleben ist das in vielen Großstädten, vor allem dort, wo zusätzlich Gesamtschulen um Schüler buhlen. An den »Restschulen«, die vielerorts weniger als zehn Prozent der Schüler versammeln, ballen sich die sozialen, sprachlichen und ethnischen Probleme derart, dass sie kaum mehr zu beherrschen sind. Die Bildungsforscher sind sich einig, dass dieses Problem ohne eine Vereinfachung der Schulstruktur nicht zu lösen ist.

Nicht so akut ist das Problem etwa in Bayern, wo gebietsweise noch ein Drittel der Schüler die Hauptschule besucht – mit guten Berufsaussichten. Spätestens jedoch der massive Rückgang der Schülerzahlen in den kommenden Jahren (Stichwort: demografischer Wandel) wird auch die dortigen Bildungspolitiker zu flexibleren Schulstrukturen zwingen.

#### **4. Die Gesamtschule als Modell ist gescheitert**

Sicher, es gibt Perlen unter den Gesamtschulen, denen auch Bildungsbürger gern ihre Kinder anvertrauen. Aber als Großprojekt, das das Land pädagogisch prägen sollte, ist sie gescheitert. Am Misstrauen des Bürgertums, aber auch durch eigenes Verschulden. Zu wenig wurde an den meisten Bildungseinrichtungen auf Leistung gebaut. Wenn Eltern die Wahl hatten, ob ihr Kind das Gymnasium oder die Gesamtschule besuchen sollte, zogen die meisten das Gymnasium vor. Den Gesamtschulen fehlten deshalb die starken Schüler, was ihrem Ruf zusätzlich schadete. Auch das Versprechen, schwache Schüler besonders gut zu fördern, haben die Gesamtschulen nicht gehalten. Eine aufwendige Untersuchung der Hamburger Schulen zeigt sogar, dass schwache Schüler, die aufs Gymnasium gelangten, dort bessere Leistungen erbrachten als vergleichbare Schüler an der Gesamtschule.

#### **5. Die Gymnasien sind die Sieger der Schulgeschichte**

Keine Frage, auch die Gymnasien könnten besser sein. Man sollte erwarten, dass Deutschland im internationalen Vergleich über eine leistungsstarke und große Spitzengruppe von Schülern verfügt, weil das Gymnasium die besten Schüler versammelt – davon kann aber keine Rede sein. In der Elitförderung also versagt das Gymnasium, aber das ist nicht unser Hauptproblem. Den größten Leistungszuwachs können wir in Deutschland erzielen, wenn wir dem unteren Fünftel der Schüler aus dem Bildungskeller helfen. Insofern sollte eine kluge Bildungspolitik die Gymnasien in Ruhe lassen und ihre Kraft auf die Stärkung der Schwachen verwenden.

Das Gymnasium kann einen beeindruckenden Siegeszug vorweisen. Besuchte in den sechziger Jahren nur jeder siebte 14-Jährige diese Schulart, ist es heute schon jeder dritte. Wer sich dabei um das Leistungsniveau sorgt, der versuche sich einmal an einer aktuellen Abituraufgabe.

Die Verkürzung der Gymnasialzeit in Westdeutschland von neun auf acht Jahre und die wiederholte Reform der Oberstufe haben schon genug Unruhe in die Gymnasien getragen. An einer bei den Eltern beliebten Schulform, die ganz passabel funktioniert, sollte die Schulpolitik am besten eine Weile nicht herumdoktern.

#### **6. Der Nutzen der Hamburger Primarschule ist ungewiss, der Schaden groß**

Die Einführung der Primarschule in Hamburg (siehe Seite 67 unten) ist gut gemeint, doch leider schlecht gemacht. Ob die Verlängerung der Grundschulzeit von vier auf sechs Jahre die Chancengleichheit erhöht, das steht in den Sternen. Dass sie maximale Unruhe in die Schulen trägt, die der Leistung abträglich ist, ist irdische Realität. Gleich alle Schulen werden durchgeschüttelt: die Grundschulen, denen die fünften und sechsten Klassen zugeschlagen werden, und die weiterführenden Schulen, denen sie weggenommen werden.

Gerade engagierten weiterführenden Schulen wie den altsprachlichen und musischen Gymnasien kommen zwei Jahre zur Entfaltung ihres anspruchsvollen Programms

abhanden. Zudem führt die Reform zum Revival des unseligen Schulkriegs der siebziger Jahre zwischen Anhängern und Gegnern der Gesamtschule.

Außer dem ehrenwerten Wunsch nach mehr Gerechtigkeit haben die Reformbefürworter wenig vorzuweisen: eine Studie etwa, die wenig überraschend zeigt, dass nach sechs Jahren eine bessere Übergangsempfehlung möglich ist. Oder statistische Berechnungen, die darauf hindeuten, dass längeres gemeinsames Lernen gerechter ist. Aber es gibt handfeste Gegenbeispiele: Länder wie Belgien und die Niederlande etwa, das belegt die Pisa-Studie, sind trotz Primarschule nicht gerechter als Deutschland mit der vierjährigen Grundschule. Es gibt keinen automatischen Zusammenhang zwischen längerem gemeinsamem Lernen und mehr Gerechtigkeit – leider, möchte man sagen, denn sonst wäre Schulpolitik viel simpler.

## **7. Ein intelligenter Kompromiss ist das »Zwei-Säulen-Modell«**

Wer das beliebte und erfolgreiche Gymnasium erhalten will und gleichzeitig die Probleme bekämpfen will, welche eine Gliederung des Schulsystems mit sich bringt, der muss Fantasie aufbringen. In Baden-Württemberg etwa wird schon jetzt jedes dritte Abitur abseits des traditionellen Gymnasiums über den Weg Realschule plus Berufsgymnasium abgelegt. Der Ballung von Problemen an Hauptschulen begegnen inzwischen mehrere Bundesländer (die neuen Länder schon länger) durch ein zweigliedriges Schulsystem aus Gymnasien und einer zweiten Schulform, die mal Regelschule, mal Sekundarschule, mal Mittelschule genannt wird (Seite 68).

Einen besonders erfolgversprechenden Weg wählt dabei Hamburg mit der sogenannten Stadtteilschule, die in der Hansestadt im Gegensatz zur Primarschule nicht umstritten ist. Denn an dieser Schulform können Schüler mit sehr guten Leistungen ebenfalls das Abitur ablegen – nach dreizehn Schuljahren statt nach zwölf am Gymnasium. Wenn die Politik viel Kraft und Ideen in den Erfolg der Stadtteilschule investiert, dann kann sie sich sogar zu einer attraktiven Alternative zum Gymnasium entwickeln. Wenn die Kraft jedoch von anderen Reformen absorbiert wird, dann droht ihr das Schicksal der Gesamtschule.

## **8. Auf die Schulstruktur zu starren macht blind**

Die Schulstruktur ist nur eine – und nicht die wichtigste – Stellschraube, um Schulen leistungsfähiger und gerechter zu machen.

Die Wissenschaft ist sich inzwischen einig darin, dass die entscheidenden Voraussetzungen für den Schulerfolg schon in der frühen Kindheit liegen. Familien aus den sogenannten bildungsfernen Schichten dabei zu helfen, ihren Nachwuchs von der Geburt an zu fördern – das ist die zentrale Aufgabe einer klugen Bildungs- und Sozialpolitik. Jeder hier investierte Euro bringt der Gesellschaft Renditen, von der viele Banker nur träumen können.

Auch in der Schulpolitik müssen die Kräfte auf die gezielte Förderung der potenziellen Bildungsverlierer konzentriert werden. Nicht durch Gerechtigkeitsrhetorik, sondern

durch konkrete Angebote: Ganztagschulen, die Lernen, Nachhilfe und eine sinnvolle Freizeitgestaltung kombinieren. Groß angelegte Förderprogramme (während der Schulzeit, nachmittags, am Wochenende, in den Ferien), die das Hauptproblem der Einwandererkinder, aber auch vieler deutschstämmiger Kinder bekämpfen: die mangelnde Kenntnis der deutschen Sprache. Es ist geradezu skandalös, dass das Englischlernen an der Grundschule zur Mode wird, während der Anteil des Leseunterrichts zurückgeht!

Auch einem anderen aufwendigen Vorhaben, mit dem sich kurzfristig keine Lorbeeren ernten lassen, muss sich die Politik widmen: der Lehrerbildung. Studien zeigen, dass Gymnasiallehrer einen besseren Unterricht geben, weil sie über mehr Fachwissen verfügen als ihre Kollegen. Wenn Haupt- und Realschullehrer nicht besser ausgebildet werden, dann bleiben ihre Schüler – Schulform hin oder her – benachteiligt.

## **9. Ein breiter Konsens ist die erste Reformpflicht**

Schulen können nur dann erfolgreich sein, wenn sie vom Vertrauen der Eltern und der Gesellschaft getragen werden. Deshalb ist ein breiter Konsens über die Grundzüge der Schulpolitik ein Wert an sich. Gerade wer die sozial Schwachen fördern will, der muss die Starken mit ins Boot holen. Das Bürgertum kann viel dazu beitragen (mit Geld und Einfluss, als Mentor, als ehrenamtlicher Helfer), dass es weniger Bildungsverlierer gibt. Es muss aber umworben werden.

Wer den Gymnasien, wie in Hamburg, zwei Schuljahre amputiert, ohne ihnen etwas zu bieten, handelt unüberlegt. Eine kluge Schulpolitik baut auch dagegen vor, dass weniger verantwortliche Teile des Bürgertums jede Schulreform scheitern lassen können, etwa durch politische Störmanöver, durch Abschottung und durch den Rückzug in Privatschulen.

## **10. Schulen können die Gesellschaft nicht gerechter machen**

Wer glaubt, Schulen könnten die Gesellschaft gerechter machen, der irrt. Das belegt eine Studie aus Hessen: Während der Schulzeit verteilen die dort untersuchten Gesamtschulen die Bildungschancen tatsächlich gerechter als die Schulen des gegliederten Systems. Dann aber ändert sich das Bild: Welche Bildungsabschlüsse die Jugendlichen letztlich erlangen, welche Ausbildung und welche Berufslaufbahn sie einschlagen – dabei schlägt die soziale Herkunft gleichermaßen durch, unabhängig davon, welche Schule die Jugendlichen vorher besucht hatten.

Was im Schonraum der Schule also gelingt, verliert seine Kraft, wenn es hinaus ins Leben geht.

Man kann froh sein – und muss es fördern! –, wenn die Schule die soziale Ungleichheit nicht verschärft. Wer mehr verlangt, überfordert die Schule und kann nur enttäuscht werden.